

Datum

03.05.2012

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

2012/6375

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz	31.05.2012	Vorberatung
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	19.06.2012	Vorberatung
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	26.06.2012	Kenntnisnahme
Rat der Stadt	03.07.2012	Entscheidung

Betreff

Bebauungsplan Nr. 67 "Im Mandel" (Filmpark) - 6. Änderung;

hier: 1. Aufstellungsbeschluss

2. Verzicht auf die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

3. Billigung des Plankonzeptes

Beschlussvorschlag

Rechtsgrundlage:

§§ 2, 3, 4 und 13 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509)

1. Für eine nordwestlich des Haupteingangs zur Movie World gelegene Teilfläche ist der Bebauungsplan Nr. 67 „Im Mandel“ im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB zu ändern (6. Änderung). Der Änderungsbereich ist in dem zu diesem Beschluss gehörenden Übersichtsplan gekennzeichnet.
2. Auf die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der frühzeitigen Beteiligung von betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gemäß § 13 (2) Nr. 1 BauGB verzichtet.
3. Der Entwurf zur 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 „Im Mandel“ wird einschließlich der zugehörigen Begründung in der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Fassung gebilligt

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ja
Haushalt im Jahr: 2012
Produkt und Sachkonto:
Art der Ausgabe: Bedarf im Haushaltsansatz berücksichtigt

Problembeschreibung / Begründung

Der Bebauungsplan Nr. 67 „Im Mandel“ ist in der Fassung der 5. Änderung seit dem 07.06.2003 rechtskräftig. Er bildet die planungsrechtliche Grundlage für den Movie Park Germany und enthält neben der Festsetzung eines Sondergebietes für die film-parkspezifische Nutzung u. a. eine allgemeine Beschränkung der Höhe baulicher Anlagen auf 18 m bzw. 32 m für die Bereiche der großen Achterbahnen, 60 m für den (nicht errichteten) Air Diver und 70 m für den Free Fall Tower.

Ergänzend zu diesen bisherigen Regelungen ist für eine neue Attraktion vorgesehen, die zulässige Bauhöhe für einen weiteren kleinen Teilbereich mit max. 60 m über Gelände festzusetzen. Die neue Attraktion, eine weitere Achterbahn, soll nordwestlich des Haupteingangs errichtet werden.

Das Vorhaben erfordert keine Umweltverträglichkeitsprüfung im Sinne der Regelungen des Umweltverträglichkeitsgesetzes. Die Planung löst keine zusätzlichen Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft aus. Die Einhaltung der zulässigen Lärmwerte wird im Verfahren gutachterlich überprüft. Grundzüge der Planung werden durch die vorgesehene Änderung nicht berührt; das Vorhaben entspricht der im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 67 formulierten Zweckbestimmung des Sondergebietes und ist im Hinblick auf die bereits in Teilbereichen geänderte Höhenentwicklung städtebaulich vertretbar. Durch einschränkende textliche Festsetzungen sollen die Auswirkungen auf das Landschaftsbild so gering wie möglich gehalten werden.

Insofern sind die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB gegeben. Im vereinfachten Verfahren kann auf die frühzeitigen Beteiligungsschritte verzichtet und von einer Umweltprüfung, der Abfassung eines Umweltberichtes sowie der zusammenfassenden Erklärung abgesehen werden. Von dieser Möglichkeit soll im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht werden. Das übliche zweistufige Beteiligungsverfahren (1. Stufe Konzept, 2. Stufe Entwurf) ist auch deswegen nicht erforderlich, weil ausschließlich textliche Festsetzungen geändert werden sollen und daher kein Konzept für eine frühzeitige Beteiligung erstellt wird. Der Geltungsbereich der Änderung ist in dem als Anlage 1 beigefügten Übersichtsplan gekennzeichnet.

Finanzielle Auswirkungen

Die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens hat finanzielle Auswirkungen. Dazu gehören beispielsweise Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen, für die Erstellung von Gutachten, für die Vervielfältigung und den Versand von Unterlagen im Rahmen der Beteiligungsschritte sowie Personalkosten. Der Mittelbedarf ist in den bestehenden Haushaltsansätzen berücksichtigt.

Tischler

Anlage 1 - Übersichtsplan
Anlage 2 - Begründung